Abend-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Chefredacteur:
Carl Oehlmann in Halle S.
Sprechstunde auf der Redaktion 11—1 Uhr.
[Fernsprecher: Redaktion Nr. 1344. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Vierunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Hallemit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 85. Halle a. d. Saale, Dienstag, den 20. Februar 1900.

Die Neuregelung der Volksschulunterhaltungspflicht.

△ Die von nationalliberaler und freikonservativer Seite im Abgeordnetenhause eingebrachte Interpellation wegen Unterhaltung der Volksschulen setzt die nun schon seit einer Reihe von Jahren vergeblich unternommenen Versuche, die auf allen Seiten als unhaltbar anerkannten Mißstände auf dem Gebiete der Vertheilung der Volksschullasten durch eine gesetzliche Neuregelung zu beseitigen, fort. Die letzte Berathung des Abgeordnetenhauses über diesen Zweck verfolgende Anträge fand am 19. April v. J. statt. Ein nationalliberal-freikonservativer Antrag forderte die Regierung zur Vorlegung eines Gesetzentwurfs auf, wonach gemäß Artikel 25 der Verfassung die Verpflichtung zur Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen allgemein den bürgerlichen Gemeinden und Gutsbezirken auferlegt werden sollte. Ein konservativer Antrag, der ebenfalls die Unterhaltungspflicht der Schulen zwecks Beseitigung der bestehenden Härten in gerechter Weise regeln wollte, enthielt noch einen Zusatz, wonach der Gesetzentwurf zugleich den konfessionellen Charakter der Volksschule sichern sollte. Der erste Antrag wurde, nachdem die beantragte Verweisung beider Anträge an eine Kommission in namentlicher Abstimmung mit 177 gegen 132 Stimmen abgelehnt worden, ebenfalls abgelehnt, der zweite Antrag angenommen.

Konservative und Centrum ließen darüber keinen Zweifel, daß, so sehr sie auch selbst die Reformbedürftigkeit des bestehenden Zustandes anerkannten, sie nur für eine Vorlage stimmen würden, die die Bestimmungen des Zedlitz'schen Entwurfs vom Jahre 1892 enthalte. Der damalige Kultusminister Dr. Bosse erklärte, daß er als Grundlage für die geforderte neue Vorlage einer genauen „statistischen Kenntniß der thatsächlichen Belastungsverhältnisse, wie sie jetzt sind," bedürfe und fügte hinzu: „Ich habe mich deshalb bereits mit dem Herrn Minister des Innern und dem Herrn Finanzminister in Verbindung gesetzt, um mir eine statistische Grundlage zu schaffen, und der Grund, weshalb ich meinen Gesetzentwurf — einen vorläufig im Unterrichtsministerium aufgestellten Entwurf über eine Regelung der Schulunterhaltungspflicht auf Grundlage des Kommunalprinzips — nicht eingebracht habe, liegt nicht sowohl bei dem Herrn Finanzminister, sondern er liegt bei mir selbst. Ich habe, als ich den Gesetzentwurf gelesen hatte, mir gesagt: das kann Verhältnisse herbeiführen, die jetzt kein Mensch übersehen kann. Weder der Herr Finanzminister noch irgend ein Mitglied dieses hohen Hauses ist in der Lage, ohne eine rechtschaffene zahlenmäßige Unterlage in dieser Beziehung sich das Bild zu machen, dessen er bedarf, um die Wirksamkeit dieses auf alle betheiligten Faktoren anzuwendenden kommunalen Prinzips übersehen und richtig würdigen zu können." Was die von der Rechten und dem Centrum geforderte Konfessionalität der Volksschule anlangt, so vermied es Herr Dr. Bosse damals, auf diese Frage eine unzweideutige Antwort zu geben. „Es fragt sich," meinte der Kultusminister: „ist es denn richtig, daß man das nicht machen kann, ohne gleichzeitig die ganze große Frage der Konfessionalität der Volksschule mit in den Bereich der gesetzlichen Regelung zu ziehen? Ich will in dieser Beziehung bemerken, daß ich kein Gegner der Konfessionalität der Volksschule bin. Ich glaube, ein Ergebniß der 7 Jahre, die zwischen dem Zedlitz'schen Volksschulgesetz und heute liegen, ist das, daß die allgemeine Meinung über die Konfessionalität der Volksschule fast einheitlich geworden ist, daß es kaum noch jemanden giebt — wenigstens in diesem Hohen Hause —, der bestreitet, daß verfassungsmäßig und thatsächlich bei uns die Konfessionalität der Volksschule die Regel ist. Ich würde auch kein Bedenken haben, das gesetzlich festzulegen, wenn darin eine Garantie gefunden wird gegen die unsicheren Chancen, die in einem möglichen Wechsel der verschiedenen Unterrichtsminister liegen können. Aber, meine Herren, ob man damit soweit gehen soll, daß man alle die großen Streitfragen, die damals die Katastrophe des Zedlitz'schen Schulgesetzes herbeigeführt haben, jetzt wieder in den Vordergrund unserer Diskussion rücken soll, das ist mir mindestens sehr zweifelhaft. Ich bin bereit, diese Fragen bei der Erwägung des Schulunterhaltungspflichtgesetzes mit in Erwägung zu ziehen und dabei alles, was ich für nöthig hatte, so weit meine Ueberzeugung es zuläßt, alles was zur Sicherung des jetzigen thatsächlichen Zustandes der konfessionellen Volksschule dienen kann, auch mit zu berücksichtigen."

Da nach der obigen Erklärung des Herrn Dr. Bosse bereits im vorigen Jahre im Kultusministerium ein Entwurf über die Neuregelung der Schulunterhaltungspflicht in Ausarbeitung begriffen war, so ist anzunehmen, daß sein Nachfolger im Amte, Herr Studt, dieser schwierigen Materie ebenfalls schon näher getreten ist. Neues Material, wie unerträglich nicht nur in Westpreußen, Schlesien und Hannover, sondern auch in Pommern und Sachsen die Belastung der Schulgemeinden geworden ist, liegt wahrlich genügend vor. Konservative Abgeordnete haben beweglich geklagt, wie „tiefe Unzufriedenheit, stete Klagen und gehässige Verhandlungen" die Folge davon sind, daß die Rittergüter und Aktiengesellschaften so erheblich bei der Tragung der Kirchen- und Schullasten bevorzugt werden, und auch aus Pommern sind bewegliche Klagen gekommen, daß so viele Gutsbezirke entweder gar nicht oder nur in unverhältnißmäßig geringem Maße zu den Schullasten beitragen, während unvermögende Landgemeinden, dicht neben dem Gutsbezirk, deren Schulen von den Kindern der Gutsarbeiter besucht werden, unter schweren Schullasten seufzen.

Die von den Abgg. Baensch-Schmidtlein u. a. im Abgeordnetenhause jetzt eingebrachte Interpellation stellt sich unter diesen Umständen als ein Vorgehen dar, das in erster Linie dem platten Lande und den minder begüterten Schichten zu Gute kommt und der Staatsauffassung Rechnung trägt, die im Abgeordnetenhause und in neuen Gesetzentwürfen von dem Minister des Innern entwickelt worden ist. Hoffentlich ist den diesjährigen Verhandlungen über die so nothwendige Schullastenreform ein besseres Schicksal beschieden, als im vorigen Jahre.

Die Anstellungsverhältnisse der preußischen Eisenbahnbureaudiätare.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben:

Seit Jahren sind die diätarischen Anwärter für die Eisenbahnsekretärstellen, die Bureaudiätare 1. Kl., die einzige Beamtenklasse, welche gezwungen ist, sich wegen Erreichung der ersten etatsmäßigen Anstellung mit ihren dringenden Bitten an das Abgeordnetenhaus zu wenden. Die Berechtigung der Klagen der Diätare wurde vom Landtag und der Presse wiederholt anerkannt. Trotz Beschlusses des Hauses sind die Petitionen der durch Neuorganisation im Jahre 1895 hinsichtlich der ersten etatsmäßigen Anstellung schwer geschädigten Diätare bis jetzt und auch im Etat 1900 noch nicht berücksichtigt worden.

Infolge Verwaltungsmaßnahmen zur Beseitigung der Betriebssekretärstellen wurde ihnen die früher erworbene Anwartschaft zum Betriebssekretär entzogen, — meist stand nach bereits längerer Dienstzeit die etatsmäßige Anstellung unmittelbar bevor — und auf Grund einer bestandenen zweiten Prüfung die Aussicht auf Anstellung als Eisenbahnsekretär nach kürzerer Zeit als Ersatz geboten. Wenn man sich jedoch vergegenwärtigt, daß den s. Z. vorhandenen 2600 Eisenbahnsekretärstellen außer 500 Diätaren auch noch 1500 nachträglich geprüfte Betriebssekretäre gegenüberstehen, die den Diätaren die jährlich frei werdenden 50 Eisenbahnsekretärstellen sperren, auch die Mehrzahl der Eisenbahnsekretäre Männer in den besten Jahren sind, dann ist es wohl begreiflich, daß eine allgemeine Beunruhigung und Sorge bei den Betheiligten Platz greift. Trotz Versicherung der Regierung, daß die Neuordnung im Jahre 1895 keine Härten zur Folge haben sollte, sind den diätarischen Anwärtern zum Eisenbahnsekretär die Aussichten auf Anstellung vollständig genommen. Die bisherigen Stellenvermehrungen in geringem Maße haben den Diätaren bei dem Mitbewerb von vielen hunderten Betriebssekretären fast keinen Nutzen gebracht. Daher blicken die aus den Jahren 1888—1891 vorhandenen Diätare bereits auf eine Eisenbahndienstzeit bis zu 12 Jahren zurück, stehen in der Mitte der dreißiger Jahre und haben für Familie zu sorgen. Bei keiner anderen Beamtenklasse im ganzen preußischen Verwaltungsbereiche bestehen derartige unhaltbare Zustände für die erste etatsmäßige Anstellung wie hier. Bei der Verwaltung der direkten Steuern wird durch den Etat 1900 eine größere Anzahl von Diätarstellen in Sekretärstellen umgewandelt mit der Rücksicht auf das Dienstalter, eine Diätarzeit von 3½ bis 5 Jahren. Auch bei den Gerichtsbehörden erfolgte bereits durch den Etat 1896/97 eine Umwandlung von 718 Diätar- bezw. Assistentenstellen in Sekretärstellen, da im Wege des natürlichen Abgangs — wie jetzt bei der Eisenbahnverwaltung — keine Aussicht auf Anstellung gegeben war. Ebenso hat die Reichspostverwaltung im Etat 1900 wiederum 1500 neue Assistentenstellen geschaffen, um die Diätare mit fünf- und vierjähriger Wartezeit zur Anstellung zu bringen. Diesen Grundsatz einer begrenzten diätarischen Wartezeit hat die Regierung des Finanzministers in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12. Jan. 1893 anerkannt, bis heute bei der Staatseisenbahnverwaltung aber noch nicht durchgeführt. Hier haben die älteren Diätare jetzt schon eine Diätarzeit von neun Jahren hinter sich, und ohne umfangreiche Stellenvermehrung auch nicht die geringste Aussicht auf ein Ende der Wartezeit. Bei Versperrung der für sie zur ersten etatsmäßigen Anstellung bestimmten Stellen durch 1500 Betriebssekretäre und Einschiebung von Güterexpedienten ist die einzige Beseitigung der unhaltbaren Zustände durch Umwandlung der Betriebssekretärstellen in Eisenbahnsekretärstellen zu erreichen, was um so mehr gerechtfertigt ist, als ja auch die zum Eisenbahnsekretär geprüften Betriebssekretäre gleich den Diätaren erster Klasse seit 1895 in fehlenden Eisenbahnsekretärstellen beschäftigt sind.

Es ist unerklärlich, daß die wohlwollenden Bestrebungen des Eisenbahnministers, den trostlosen Zuständen durch Einstellung von 918 neuen Eisenbahnsekretärstellen in den Etat 1900 ein Ende zu machen, an dem Widerstand der Finanzverwaltung scheitern konnte. Aus finanziellen Rücksichten sind die den Diätaren zugedachten Stellen wiederum gestrichen worden, weil das Finanzministerium den erforderlichen Wohnungsgeldzuschuß von 300 M. jährlich pro Kopf, mithin für 400 Diätare 120,000 Mark nicht aufwenden will. Und doch ist regierungsseitig wiederholt betont worden, daß einer moralischen Verpflichtung gegenüber finanzielle Rücksichten zu schweigen hätten. Diese Verpflichtung kann die Regierung nicht länger von sich weisen, zumal ein dienstliches Bedürfniß durch die ursprüngliche Einstellung der neuen Stellen anerkannt ist, und die zum Eisenbahnsekretär geprüften Diätare die gleichen Geschäfte erledigen wie die etatsmäßigen Eisenbahnsekretäre.

Deutsches Reich.

Die Erweiterung der Staatseisenbahnnetze.

Angesichts der im Landtage geforderten Bereitstellung größerer Mittel für Eisenbahnbauten machen die „B. Pol. N." darauf aufmerksam, daß der Eisenbahnverwaltung noch sehr erhebliche Baukredite aus der Vergangenheit zur Verfügung stehen. Sind doch zur Zeit noch nahezu eine Viertelmilliarde an Baureste vorhanden, wozu noch rund 113 Millionen Mark an Baukrediten für solche neue Bahnlinien kommen, die noch gar nicht in Angriff genommen werden konnten, weil die Vorbereitungen für den Bau noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

„Es kommt ferner in Betracht, daß die Bereitstellung der nöthigen Gelder nicht die einzige Voraussetzung für das Maß dessen, was an Neubauten vollendet werden kann, bildet. Die Eisenbahnverwaltung vermag nicht ihre Bauthätigkeit beliebig nach Maßgabe der ihr zur Verfügung gestellten Baumittel auszudehnen, sondern sie ist an das Maß der vorhandenen technischen Arbeitskräfte gebunden. Die Zahl der für die Herstellung neuer Bahnlinien verfügbaren Techniker läßt sich überhaupt nicht nach Belieben vergrößern, und wenn die Möglichkeit an sich nicht ausgeschlossen ist, die Zahl der Arbeiter durch Gewährung hoher Löhne zu vermehren, so wäre ein solches Verfahren an sich nicht wirthschaftlich und in einer Zeit, in der die heimische Industrie, und vor allen Dingen die heimische Landwirthschaft, an Arbeitermangel leidet, geradezu unweise. In solchen Zeiten muß die Staatsverwaltung im wohlverstandenen volkswirthschaftlichen Interesse sorgsam darüber wachen, daß nicht durch eine Ueberspannung ihrer Bauthätigkeit das private Erwerbsleben erschwert und geschädigt werde. Insbesondere gilt dies von denjenigen Zweigen privater Erwerbsthätigkeit, welche, wie die Landwirthschaft, an der Hochkonjunktur in Industrie und Handel nicht in vollem Maße theilzunehmen vermögen. Schon aus diesem Grunde muß sich die Eisenbahnverwaltung in Bezug auf die Erweiterung des Staatsbahnnetzes bestimmte Schranken auferlegen. Wenn daher durch die jetzt dem Landtage unterbreitete Vorlage Eisenbahnbaukredite in solcher Höhe gefordert werden, daß die Bauverwaltung unter den gegebenen Umständen zwei volle Jahre damit gefüllt werden kann, so wird man der Staatsregierung den Vorwurf nicht machen können, daß sie in Bezug auf die Erweiterung des Staatsbahnnetzes knauserte. Wenn die jetzt geforderten Kredite bewilligt sind, werden vielmehr auf Jahre hinaus für die Eisenbahnverwaltung so viel Mittel zur Verfügung stehen, wie sie nur irgend verständigerweise verbrauchen kann."

Eine Abänderung der Kreisordnung

für die sechs östlichen Provinzen bezweckt ein dem Abgeordnetenhause vorgelegter Gesetzentwurf (s. Morgenblatt). Er nimmt den in der Session 1894 im Abgeordnetenhause gescheiterten Antrag Ring wieder auf, wonach durch königliche Verordnung für einzelne Kreise bestimmt werden kann, daß von der für die Zugehörigkeit zum Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer vorgeschriebenen Summe von 225 M. Grund- und Gebäudesteuer wenigstens die Hälfte des Mindestbetrages, also 112.50 M., auf die Grundsteuer entfallen muß. Diese selbe Bestimmung enthält auch der neue Gesetzentwurf, der bisher nicht im Wortlaut vorliegt, sondern nur inhaltlich von der „Berl. Korr." skizzirt wird. Danach ist der Gesetzentwurf bestimmt, dem Wahlverband der Großgrundbesitzer in den Provinzen von Berlin eine, die von ihm aufgebrachte Steuersumme übersteigende Vertretung zu sichern. Die Abänderung der Kreisordnung ist vorläufig nur geplant für die Berliner Vorortkreise Niederbarnim und Teltow. Mit der Entstehung großstädtischer Häuser in den Vororten ist in diesen Kreisen in den Wahlverband der Großgrundbesitzer eine große Zahl von Personen gekommen, die als Hausbesitzer mehr als 225 M. Gebäudesteuer entrichten. Dies sollte schon 1894 durch eine Novelle zur Kreisordnung verhindert werden, und denselben Zweck verfolgt der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf. Der neue Gesetzentwurf bestimmt weiter, daß durch Königl. Verordnung vorgeschrieben werden kann, daß Landgemeinden dieser Kreise, die mit Ausschluß der aktiven Militärpersonen über 6000 Einwohner zählen, als Städte im Sinne der §§ 84—114 der Kreisordnung zu gelten haben, also dem Wahlverband der Städte zuzutheilen sind. Die Begründung des Gesetzentwurfs weist darauf hin, daß nach den nächsten Ersatzwahlen zum Kreistage in den Kreisen Niederbarnim und Teltow der Großgrundbesitz überhaupt nicht mehr in den beiden Kreistagen vertreten sein werde, obwohl von dem Areal des Kreises Niederbarnim 45 Proz., des Kreises Teltow 40,4 Proz. sich in seinen Händen befinden.

Pereat Inx!

An anderer Stelle unserer Zeitung erwähnten wir heute morgen schon, daß an Stelle des Bonner Theologieprofessors Kamphausen, der vor einigen Monaten von seinem Lehramte zurückgetreten ist, der orthodox-lutherische Rostocker Professor König die Bonner ordentliche Professur für alttestamentliche Theologie erhalten soll. Zur Vorgeschichte dieser Ernennung ist eine längere Auslassung der „Bonner Ztg." von Interesse, in der es heißt:

„Wie man hört, unterbreitete die Fakultät dem vorgesetzten Ministerium ihre Vorschläge, die an erster Stelle Herrn Grafen v. Baudissin in Marburg, an zweiter den bisherigen Extraordinarius Meinhold in Bonn betrafen, welch letzterer durch die inzwischen erfolgte Berufung Baudissin's nach Berlin an die erste Stelle rückte. Nachdem das Ministerium geäußert hatte, man trage Bedenken, auf die bisherigen Vorschläge einzugehen, und daraufhin die Fakultät mit neuen Vorschlägen hervorgetreten war, wurde wiederum den Wünschen der Fakultät in keiner Weise Rechnung getragen, vielmehr zeigte kürzlich zur Ueberraschung der betheiligten Kreise Herr Professor König in Rostock seine zum 1. April erfolgte Berufung nach Bonn an. Die Ueberraschung mußte um so größer sein, als vorher die über den genannten Gelehrten befragte Fakultät sich einstimmig gegen ihn ausgesprochen hatte. Der betr. Rostocker Professor ist orthodox, so orthodox, daß ihm in Fachkreisen nachgesagt wird, er lehre eine Theologie, die der orthodoxen Schule des 17. Jahrhunderts Ehre machen würde. Damit wird die ganze Haltung der Unterrichtsverwaltung verständlich, da man weiß, daß höhere Einflüsse unausgesetzt bestrebt sind, unsere theologischen Fakultäten nach der gedachten Richtung hin zu ergänzen und umzugestalten. Wir vermissen in diesem Falle die ausgleichende Gerechtigkeit in dem Sinne, daß auch der anderen Richtung entsprechender Spielraum gewährt wird, um so mehr, als sich durch die Beförderung des bisherigen Extraordinariuns Meinhold Gelegenheit bot, längst Versäumtes nachzuholen, unverdiente Zurücksetzung wieder gut zu machen. Wenn die Zurücksetzung Meinhold's in der That auf orthodoxe Einflüsse zurückzuführen ist, so wird das niemanden Wunder nehmen, der sich erinnert, welche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000220034/fragment/page=0001

Dethe seiner Zeit von orthodoxer Seite gegen Weinhold und Graße entfesselt wurde, als sie in dem bekannten Bonner Ferienkursus für Theologen ein wissenschaftliches Referat erstatteten, dessen Inhalt, obwohl ganz objektiv gehalten, jenen Elementen Veranlassung gab, einen Feldzug gegen die beiden verdienten Gelehrten in Scene zu setzen. Es scheint somit, als ob unsere Unterrichtsverwaltung es noch heute nicht wagte, dem inzwischen nicht unhäufig gebliebenen Forscher die längst verdiente Beförderung zu theil werden zu lassen. Denn anders kann man es nicht auffassen, wenn ein Mann, dessen wissenschaftliche Arbeiten in Fachkreisen geschätzt und von der Bonner Fakultät anerkannt werden, der schon in Greifswald als Privatdozent und später in Bonn den erkrankten Ordinarius mit Erfolg vertreten hat, überhaupt als Lehrer geliebt und geehrt wird, nach mehr als zwölfjähriger treuer Arbeit die Enttäuschung erleben muß, daß, obwohl Fakultät und Fachgenossen ihn für qualifiziert erachten, er immer wieder beiseite geschoben wird, weil er der herrschenden Richtung nicht genehm ist. Wohin soll es denn führen, wenn man schon anfängt, den Bedarf an theologischen Kräften in Preußen von Rostock her zu decken, von wo seit fast 100 Jahren wegen der Enge der Satzungen der theologischen Fakultät kein theologischer Lehrer nach Preußen berufen werden konnte. Anscheinend sind diese Zeiten dahin, und im Verein mit dem bekannten Falle Weingart eröffnet sich uns eine wenig erfreuliche Perspektive. Genug, in weiten Kreisen die Befürchtung wach zu rufen, daß es mit der Lehrfreiheit auf unseren Universitäten in diesem Jahrhundert schlechter bestellt sein wird als im vorigen, wo sie dem Vaterlande und der Menschheit Dienste geleistet haben, die ihnen unvergessen bleiben sollten.

Die Lage in Shantung.

Nach Berichten aus Tsintau ist die Lage in Shantung neuerdings eine so gefahrdrohende geworden, daß der Gouverneur für Kiautschou sich veranlaßt sah, einen Theil der deutschen Schutztruppe zu entsenden und den Hauptmann Mauve in Kaumi zu braustragen, sich mit dem dortigen chinesischen Mandarin wegen der Beilegung der Unruhen in Verbindung zu setzen. Einem Bericht des „Ostas. Lloyd" vom 12. Januar entnehmen wir zur Kennzeichnung der gegenwärtig dort herrschenden Verhältnisse die nachstehenden Angaben:

Aus dem Innern der Provinz kommen neuerdings wieder Nachrichten von neuen Unruhen. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß es vor allem die Gesellschaft vom Großen Messer und andere Banden sind, die das Land brennend und mordend durchziehen. Sie haben in den letzten Monaten fast ausschließlich chinesische Christen und deren Freunde überfallen. Es ist daraus verschiedentlich der Schluß gezogen worden, daß die fremden feindlichen Elemente im chinesischen Volke nach den Erfahrungen, die sie nach der Ermordung der deutschen Missionare Nieß und Henle gemacht haben, ihre Politik informen geändert haben, als sie sich nicht mehr zu Gewaltthaten gegen die Ausländer selbst hinreißen lassen, sondern sich ausschließlich gegen deren chinesische Anhänger und Freunde wenden, um indirekt jene dazu zu bringen, von einer weiteren Thätigkeit in der Provinz Shantung abzusehen. Für die Richtigkeit dieser Theorie sprechen sehr viele Gründe. Im Widerspruch damit scheint auf den ersten Blick die Ermordung des Missionars Brooks in Taiofu (südlich von der Provinzialhauptstadt Tsinanfu) zu stehen, die vor acht Tagen gemeldet wurde, und man war versucht, anzunehmen, es handle sich hierbei um eine Bluthat, die mit der allgemeinen aufrührerischen Bewegung in Shantung in keinem Zusammenhang stehe. Das scheint indessen doch der Fall zu sein. Wie weit auch die Chinesen aus der Lande von den südafrikanischen Mißerfolgen der Engländer Muth zu einem entschlossenen Vorgehen gegen die Ausländer schöpfen, läßt sich schwer beurtheilen. Daß aber in den letzteren Kreisen China die Burensiege nicht eindruckslos vorübergehen, das unterliegt wohl keinem Zweifel. Unter allen Umständen aber ist es grundfalsch, wollte man sich der Ansicht hingeben, daß mit dem Wechsel im Amt des Gouverneurs von Shantung vor einigen Wochen auch der tiefgehende Fremdenhaß plötzlich einer den Fremden und den Christen freundlichen Stimmung Platz gemacht hat. Schon der Umstand, daß Yuan Shih Kai, der neue Gouverneur von Shantung, der Mann ist, der im Jahre 1898 den Kaiser und die Reformpartei verriet, läßt die Hoffnung, daß in Zukunft zwischen Chinesen und Ausländern in der Provinz Shantung sich bessere Beziehungen entwickeln werden, recht gering erscheinen. Yü Hsien, der Vorgänger Yuans, wurde Ende November von seinem Posten entfernt, weil die Gesandten in Peking seiner fremdenfeindlichen Politik wegen Vorstellungen gemacht hatten. Ob nun Yuan in dieser Beziehung besser sein wird als Yü, bleibt abzuwarten. . . .

Der „Ostas. Lloyd" bemerkt weiter, daß die allgemeine Stimmung in Shantung einer Politik der Ordnung und Ruhe wenig günstig ist, und führt als Beweis hierfür einen privaten Brief an, der von einem chinesischen Beamten in Tsinanfu an einen in Shanghai lebenden höheren Mandarinen gerichtet worden ist und aus dem von neuem hervorgeht, daß die Unruhestifter einen Rückhalt an den chinesischen Beamten finden. Gouverneur Jaeschke scheint daher den richtigen Weg eingeschlagen zu haben, wenn er Hauptmann Mauve zunächst an den Mandarinen in Kaumi verwies.

Politisches.

* Eine internationale Vereinigung aller Landwirthe gegen das internationale Großkapital hatte bekanntlich in einer Versammlung der „großen landwirthschaftlichen Woche" Professor Ruhland unter lebhaftem Beifall unserer nationalen Agrarier in Vorschlag gebracht. Das Stöcker'sche „Volk" stellt nun die Frage, ob, vorausgesetzt, daß dieser Weg gangbar, eine solche Entwickelung auch wünschenswerth wäre und meint:

„Bejaht könnte diese Frage nur dann werden, wenn der agrarische Welt-Korn-Trust jederzeit mit solcher Weisheit geleitet würde, daß er das Getreide stets nur zu normalem, niemals aber zu übertriebenem Preise abgebe. Daß das geschehen würde, ist aber stark zu bezweifeln. Geschieht es nicht, so würde im günstigsten Falle die Folge einer solchen Abhängigkeit aller Völker in Bezug auf das wichtigste Nahrungsmittel von einer meinegeschränkt herrschenden Privatmacht, welche die Preise diktirt, der Ruf nach dem Staatsmonopol an Stelle des Privatmonopols sein. Wahrscheinlicher als der günstige ist aber der ungünstigere Fall, daß der Volkswunsche in den verhetzten Massen zur Propaganda der That sich anschlicke. Die erste wirkliche Theuerung müßte den bekannten Wunsch der Massen, die „Ausbeuter" nun ihrerseits zu „enteignen," ins Ungemessene steigern. Und die Rettung der Landwirthschaft könnte dann doch vielleicht mit dem „großen Kladderadatsch" auf einen Tag fallen!"

Diese Argumentation des „Volk" ist durchaus zutreffend. Daß auch ein konservatives Organ implicite zugesteht, daß die agrarische Agitation der Sozialdemokratie geradezu in die Hände arbeitet, ist recht bemerkenswerth.

* Zu der mehrfach angekündigten Industrie-Steuer berichtet ein gelegentlicher Mitarbeiter der „Frkf. Ztg.", es bestehe die Absicht, Betriebe mit mindestens einer Million Mark zur Steuer heranzuziehen. Wie das gemacht werden soll, verschweigt er leider.

Parlamentarisches.

* Der Gesetzentwurf über die Polizeiverwaltung in den Stadtkreisen Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf ist dem Abgeordnetenhause zugegangen. Der Inhalt des Gesetzentwurfs entspricht der Fassung, welche die Kommission des Abgeordnetenhauses in der vorigen Session dem Gesetzentwurf gegeben hat. In der vorigen Session brachten bekanntlich die Konservativen unmittelbar vor Schluß der Session den Gesetzentwurf des Ministers v. d. Recke zum Scheitern, um ihm ihr Mißtrauen wegen seiner Beeinflussung der Landräthe in der Kanalfrage auszudrücken.

Volkswirthschaftliches.

* Schon seit Jahren wird von der Eisenbahndirektion in Berlin eine Statistik über den Brennmaterialienverbrauch der Stadt Berlin und ihrer Vororte ausgegeben. Im Jahre 1899 wurden gebraucht an englischen Steinkohlen, Koks und Briketts 267,155 Tonnen, westfälische 299,065, sächsische 4181, oberschlesische 1,530,148, niederschlesische 328,360, böhmische Braunkohlen und Briketts 93,783, preußische und sächsische Braunkohlen und Briketts 963,553, insgesammt also 3,486,245 Tonnen. Das sind 71,117 Tonnen mehr als im Jahre 1898. Bemerkenswerth ist, daß der Verbrauch von englischen Steinkohlen, Koks und Briketts im Jahre 1899 um 18,6 Proz. zurückgegangen ist, während der Verbrauch westfälischer Steinkohlen, Koks und Briketts um 15,6 Proz. gestiegen ist. Von dem Gesammtverbrauch an Steinkohlen, Braunkohlen 2c. wurden auf Wasserstraßen 1,143,215 Tonnen nach Berlin befördert.

* Einen Steuerschutzverein gegen unberechtigte Nachforschungen bei der Einkommensteuer-Veranlagung brachte unlängst im Abgeordnetenhause Abg. v. Eynern in Vorschlag. Er besaß dabei, wie die „Frkf. Ztg." bemerkt, guten Humor, als Mitglied für den genannten Verein infolgedessen auch Herrn v. Miquel zu reklamiren. „Wir wissen nicht, ob damit auf das Gerücht angespielt sein sollte, daß in Berlin in einem der letzten Jahre unter den beanstandeten Steuererklärungen — sich auch die des Herrn v. Miquel befunden habe."

* Auf einen Obstzoll ist, wie die „Münch. Allg. Ztg." hervorhebt, das neue Zolltarifschema zugeschnitten, indem es für frische Aepfel, Birnen und Pflaumen unterscheidet, je nachdem dieselben unverpackt oder in einfacher Umschließung von mindestens 100 kg Rohgewicht, oder aber „in anderer Verpackung" eingehen. Für getrocknetes und gedörrtes Obst sind folgende fünf Positionen vorgesehen: a) Aepfel und Birnen, b) Pflaumen aller Art in einfacher Umschließung bei mindestens 100 kg Rohgewicht, c) dergl. in anderer Verpackung, d) Aprikosen und Pfirsiche, e) anderes getrocknetes oder gedörrtes Obst.

Schule und Kirche.

* Die „Dorfzeitung" veröffentlicht an leitender Stelle eine längere Auslassung des Jenenser Theologen, Prof. Dr. Nippold, über die Maßregelung des Pfarrers Weingart in Osnabrück. Der Verfasser tritt auf die Seite des Pfarrers und erklärt, daß die Sache der theologischen Fakultäten nur die objektive Prüfung der amtlichen Akten sein kann. — Anläßlich des Vorgehens der hannoverschen Kirchenbehörden gegen den Pastor Weingart erscheint es nicht uninteressant — schon zur Illustration dafür, wie herrlich weit wir es gebracht haben — daran zu erinnern, welche Auffassung vor nahezu 1½ Jahrhunderten der große Preußenkönig von den Aufgaben des geistlichen Berufes hatte. In seinem Briefwechsel mit dem bekannten französischen Gelehrten schreibt Friedrich II. u. a.: „Die Theologen müßten sich weniger damit befassen, unbegreifliche Lehren zu erklären; von der Wuth zurückkommen, uns Dinge demonstriren zu wollen, die als übernatürliche Geheimnisse angekündigt werden; sich mehr darauf verlegen, praktische Sittenlehre zu predigen und, anstatt Reden in blühendem Stile, lieber nützliche, ungekünstelte, klare und der Fassungskraft der Hörer angemessene Vorträge zu halten. Bei unverständlichen Betrachtungen schlafen die Menschen ein; aber sie bleiben wach, sobald nur von ihrem eigenen Vortheile die Rede ist, so daß der geschickte und kluge Redner sehr leicht die Selbstliebe zur Führerin der Tugend machen könnte." Heute werden diejenigen Theologen, die ihren Beruf im Sinne dieser Worte Friedrich's des Großen ausüben, ihres Amtes entsetzt. Auch ein Kulturfortschritt!

Verwaltung und Rechtspflege.

* Nachdem durch verschiedene gerichtliche Erkenntnisse ausgesprochen worden ist, daß der (Hausir-)Verkauf von Bildern, Hausegen und anderen Gegenständen zu einem den wirklichen Werth überschreitenden Preise zu Gunsten der Kirchenbauten, Missionsanstalten oder anderen kirchlichen oder wohlthätigen Zwecken ohne behördliche Genehmigung als unbefugtes Kollekttren anzusehen ist, wies der Minister des Innern die Behörden an, in jedem Falle die Bestrafung dieser Verkäufer (Hausirer, Collecteure) herbeizuführen. Der Minister ersuchte den Kultusminister, durch die kirchlichen Oberbehörden auf die Geistlichen, Gemeindekirchenräthe, Kirchenvorstände usw. dahin einzuwirken, daß sie Agenten, Reisenden, Hausirern usw. in Zukunft keine Bescheinigungen mehr ausstellen, wodurch der Unschein erweckt werden kann, als ob diese Personen zur Veranstaltung einer Kollekte (d. h. zur Sammlung von Beiträgen durch Verkauf religiöser Bilder) berechtigt seien.

* Auch ohne lex Heinze geht's, denkt der Pfarrer von Großbeubach (Unterfranken). Einige dortige Einwohner verschrieben sich das Buch „Diehl's Hellverfahren," in dem auch Abbildungen des menschlichen Körpers enthalten sind. Dies erfuhr der Pfarrer und ließ die Bücher durch Frauen einsammeln mit dem Bemerken, er wolle mal das Buch ansehen, um sich selbst eins anzuschaffen. Statt dessen schnitt er aus den Büchern 60—80 Seiten heraus und schickte diese ruinirten Bücher, von denen jedes ca. 12 M. kostet, wieder an die Eigenthümer zurück. Vorher soll er, wie das „Würzb. Journal" verschert, beim Bezirksamt gewesen sein, um sich zu erkundigen, ob die Bücher nicht verboten werden könnten, was verneint wurde. Vier der Betroffenen ließen sich die Geschichte nicht gefallen und übergaben die Sache einem Rechtsanwalt. Der Pfarrer ließ nun die Leute auf das Rathhaus laden, wo in Gemeinschaft mit dem Großheubacher Bürgermeister so auf die Leute eingewirkt wurde, daß diese die Klage wieder zurückzogen; der Pfarrer bezahlt die bisher entstandenen Kosten, jedoch die zerschnittenen Bücher braucht er nicht zu ersetzen.

* Die Mittheilung, daß die neuen deutschen Kolonialbriefmarken bereits fertiggestellt seien, wird als verfrüht bezeichnet. Bis jetzt seien nur Muster angefertigt worden, von denen eins zur Ausführung bestimmt ist. Die Reichsdruckerei ist beauftragt, davon die nöthigen Platten herzustellen. Voraussichtlich werden die neuen Marken erst im Juli fertig sein.

Parteinachrichten.

* Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Freiherr v. Manteuffel, der sich längere Zeit vom Bunde der Landwirthe ferngehalten hatte, ist mit seiner Zustimmung jetzt wieder in den Vorstand des Bundes gewählt worden.

Soziale Angelegenheiten.

* Die Zusammenstellung von Kapitalanlagen der Invalidenversicherungsanstalten für gemeinnützige Zwecke läßt wiederum eine erfreuliche Zunahme derartiger Anlagen erkennen. Nicht weniger als rund 153 Millionen Mark sind danach bis jetzt von den Versicherungsanstalten zur Förderung gemeinnütziger Zwecke verwendet worden, und zwar beträgt der Zuwachs im Jahre 1899 allein über 48 Millionen Mark gegen 35 Millionen Mark im Jahre 1898. Von der Gesammtsumme entfallen auf den Bau von Arbeiterwohnungen 52 Mill. Mark, auf die Befriedigung des landwirthschaftlichen Kreditbedürfnisses (Hypotheken, Kleinbahnen, Land- und Wegeverbesserungen, Hebung der Viehzucht, Linderung der Futternot) 30,45 Millionen Mark und auf den Bau von Krankenhäusern, Genesungshäusern, Volksheilstätten, Gemeindeversammlungshäusern, Bergen zur Heimath, Arbeiterkolonien, Volksbädern, Badeanstalten, Kleinkinderschulen, auf Straßenbauten, Wasserleitungen, Kanalisations- und Entwässerungsanlagen, sowie auf Spar- und Konsumvereine und andere ähnliche Wohlfahrtseinrichtungen 36 Millionen Mark. Den landwirthschaftlichen Gebieten kommen von letzterer Summe rund 10 Millionen zu gute, so daß — abgesehen von den Arbeiterwohnungen, die auch vielfach schon auf dem platten Lande mit den Mitteln der Versicherungsanstalten errichtet wurden — allein etwa 55 Millionen Mark, d. h. weit mehr als ein Drittel der Gesammtsumme im Interesse der ländlichen Bevölkerung angelegt worden sind. Jedenfalls sind diese amtlichen Ziffern geeignet, die auf der letzten Hauptversammlung des Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande zu Halle (13. Febr. 1900) mehrfach geäußerten Klagen der Landwirthe darüber, daß die großen Kapitalien der Versicherungsanstalten fast nur den Städten Nutzen brächten, schlagend zu widerlegen.

Arbeiterbewegung.

* Die Amtshauptmannschaft Chemnitz, in deren Bereich ein Theil des sächsischen Streikgebiets liegt, erließ eine Bekanntmachung, wonach das Streikpostenstehen verboten sei und, falls nicht gerichtliche Bestrafung nach § 153 der Reichsgewerbe-Ordnung, oder polizeiliche Bestrafung eintritt, mit Geldstrafe bis zu 150 M., oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet wird. Die Hausagitation wird in dieser Bekanntmachung als Hausfriedensbruch charakterisirt. Aus Zwickau wird ferner gemeldet, daß alle Bergarbeiter-Versammlungen im Zwickauer Revier verboten werden, obwohl die bisherigen Versammlungen in musterhafter Ordnung verlaufen sind. Auch Bergnügungen werden untersagt. Es herrscht große Erregung und es wurde beim Minister telegraphische Beschwerde erhoben.

Heer und Flotte.

* „Hertha" und „Hansa" gehen am 20. Februar von Singapore in See.

Ausland.

Der südafrikanische Krieg.

Auch heute ist der Verlauf des Flankenmarsches des Feldmarschalls noch keineswegs klar und die Situation an der Grenze des Oranjefreistaats läßt sich noch immer nicht erkennen, aber in jedem Falle ist es ein Fehler, zu behaupten, die Cronje sich auf der Flucht befände. Wenn die dem schlauen Burengeneral nachrückenden Truppen unter Kelly-Kenny und French bei dieser Mission nicht sehr große Vorsicht an den Tag legen sollten, so werden sie aller Wahrscheinlichkeit in ziemlich unangenehmer Weise zu fühlen bekommen, was es mit der „Flucht" Cronjes auf sich hat. Um General Roberts im Rücken zu decken, hat die Gardebrigade in der früheren Stellung der Buren bei Magersfontein ein Lager bezogen. Wie nothwendig diese Rückendeckung auch für die gewaltige Truppenmacht Roberts ist, ergiebt sich aus den bekannten Meldungen, wonach der Burenkommandant Delarey alsbald im Rücken der fliegenden Kolonne French wieder vorging, dessen Verbindungslinie abschnitt und seinen gesammten Proviant- und Munitionstrain wegnahm. Delarey steht südöstlich Jacobsdal, die Verbindungen der englischen Umgehungskolonne bedrohend. Prinsloo deckt Bloemfontein mit starken Kommandos, während Cronje Roberts gegen die befestigten Höhenzüge nordwärts zu ziehen sucht.

Der Feldmarschall Roberts, der noch immer seine Proviant- und Munitionskolonnen nicht durch die in seinem Rücken operirenden Burentruppen hat hindurchbringen können, wird vermuthlich bald einsehen, daß sein weiterer Vormarsch ein Operiren ins Blaue hinein bedeutet und für ihn sehr verhängnißvoll werden kann. Aller Wahrscheinlichkeit nach müssen die nächsten Tage bereits eine ernste Entscheidungsschlacht bringen; ob es sich bei dem Kampfe bei Kimberley, von der ein Telegramm in der Morgenausgabe spricht, bereits um ein solche handelt, ist noch nicht zu sagen.

Auch über die Kämpfe Buller's in Natal liegen entscheidende neue Nachrichten noch nicht vor, doch ist es sicher, daß Buller sich noch immer am Südufer des Tugelaflusses befindet, also im günstigsten Falle nur die über den Fluß vorgerückten Buren wieder in ihre alten Stellungen gedrängt haben kann. Aber selbst ob ihm ein solcher bescheidener Erfolg gelungen ist, ist noch sehr fraglich.

Im übrigen ist zur Stunde nur noch die folgende Nachricht zu verzeichnen, die wir der „Frkf. Ztg." entnehmen:

London, 19. Febr. Wie die „Daily Mail" über Kapstadt erfährt, haben die Buren enorme Mengen Wolle und andere Produkte nach der Delagoa-Bai zur Verschiffung nach kontinentalen Häfen geschickt. Da den Engländern jetzt verboten ist, mit den Buren Handel zu treiben, so kommt der ganze Handel in deutsche Hände. Es würden dort auch große Mengen Mehl und Zucker für die Buren gekauft unter der Angabe, sie seien für die englischen Kriegsgefangenen bestimmt.

Nach einer Meldung desselben Blattes aus Lourenzo Marquez befanden sich unter dem Gepäck der mit dem Dampfer „Kanzler" angekommenen russisch-holländischen Rothen Kreuz-Abtheilung zwei große Kisten Sättel, welche die portugiesischen Behörden als Kontrebande angehalten haben.

*

Angesichts der auf Irreleitung des Landes berechneten Angabe des Kriegsministeriums, daß immer noch etwa 100,000 Reguläre in Großbritannien stehen, ist es von Interesse, genauer zuzusehen, was von taktischen Einheiten der regulären Armee noch übrig bleibt, wenn die achte Division vollends nach Südafrika abgegangen ist. Es verbleiben dann — das sind offizielle Zahlen — im Vereinigten Königreiche gerade noch neun Infanteriebataillone, nämlich: 1. Grenadier-Garde; 3. Coldstream-Garde; 3. Scots-Garde; 4. Kings R. Rifle-Corps; 2. Leicester; 2. Liverpool; 4. Rifle-Brigade; 4. R. Warwick (neu gebildet); 1. Yorkshire Leichte Infanterie; ferner sieben Kavallerie-Regimenter; zwei Household-Regimenter; 1., 2., 3. Dragoon-Gards; 7. Husaren; 21. Lancers und 14 Batterien, nämlich N und S Batterien der berittenen Artillerie und die 10., 26., 31., 45., 59., 92., 93., 94., 95., 96., 97., 98. Batterie Feldartillerie. Der Kriegsminister hat dann, um die Irreleitung weiterzuführen, hinzugefügt, daß „diese Zahl beinahe dieselbe ist, wie die Zahl der Leute, welche im letzten Jahr um diese Zeit im Vereinigten Königreich bei der Fahne dienten". Den Werth dieser Behauptung illustrirt am besten folgende, auf offizielle Daten gegründete Tabelle:

Die reguläre Armee im Vereinigten Königreich.

	Februar 1899	Februar 1900
Infanterie-Bataillone	71	9
Kavallerie-Regimenter	19	7
Batterien Feldartillerie . . .	57	14

Auf die Frage, wie erhält der Kriegsminister seine Zahl von 100,000 Regulären, antwortet die Kritik: einfach, indem er alle Kranken und Dienstunfähigen, alle für aktiven Dienst Zurückgewiesenen, alle Reservisten, die auch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000220034/fragment/page=0002

ärztliche Untersuchung als unbrauchbar befunden wurden, die Rekruten en masse, alle, die noch nicht das vorgeschriebene Alter oder Größe und Brustumfang besitzen, den jüngsten Trompeter, den kleinsten Trommlerjungen usw. zählt! Eine Sammlung von Vaterlandsverteidigern Old Englands, unter denen, so bemerkten die „W. N. N." mit Recht, die Falstoffschen Rekruten noch Zigur machen würden.

Schweiz.

In der am Sonntag in Basel vorgenommenen kantonalen Volksabstimmung ist die Arbeitslosen-Versicherung mit 5458 Nein gegen 1119 Ja verworfen worden.

Provinzialnachrichten.

* **Aschersleben**, 19. Febr. [Beanstandete Beerdigung. — Feuer.] Die erwähnte Untersuchung der Kindesleiche (keines Knaben, sondern eines Mädchens) hat noch keine genaue Todesursache ergeben. Es muß noch eine chemische Untersuchung innerer Theile stattfinden. Die Beerdigung konnte aber gestern nachmittag erfolgen. — In einem Hause der kleinen Fahnenstraße hatte am Sonnabend, den 17. d. gegen Abend die Handarbeiterfrau F. in der Wohnstube Oel zum Feuer gesetzt, um etwas darin zu backen. Während dieser Zeit besorgte die Frau einen kleinen Weg und ließ drei Kinder im Alter von 7 Monaten bis 4 Jahren allein in der Wohnung. Das Oel kochte über und ergoß sich ins Feuer, wodurch ein furchtbarer Dampf entstand. Infolge des Hilferufens des vierjährigen Knaben kamen sofort der Hauswirth und andere Mitbewohner zu Hilfe. Zum Glück hatte die Frau von außen zugeschlossen und den Schlüssel in der Thür stecken gelassen, und so konnten die Kinder vom sicheren Erstickungstod gerettet werden.

g. **Ammendorf**, 19. Febr. [Die hiesigen Mühlenwerke,] i. St. Eigenthum des Halleschen „Vorschuß-Vereins," welche im vergangenen Jahre durch Feuer eingeäschert wurden, werden entgegen früheren Meldungen wieder aufgebaut. Eine Gesellschaft aus Stendal, Eigenthümerin des Grundstücks, läßt gegenwärtig die Aufräumungsarbeiten ausführen und den Neubau beginnen, so daß Mühlenwerke mit allen Neuerungen hier erstehen werden.

⊙ **Lochau**, 19. Febr. [Versicherung.] Höheren Orts werden von den Ortsbehörden Berichte über die Viehstände und auch über Schweineversicherung eingefordert, da eine solche gegen Todesfälle der Vorstehthiere für wichtig gilt. Unsere Gemeinde hat mit der Nachbargemeinde Wiesenitz schon lange Jahre eine Versicherung gegen Trichinen, welcher sich sämmtliche viehbesitzende Gemeindemitglieder angeschlossen haben. Die Bestimmungen verlangen, daß für jedes mit Trichinen behaftete geschlachtete Schwein 108 M. aufzubringen sind; gesammelt werden diese dadurch, daß jedes Gemeindemitglied die Anzahl seiner jährlich zu schlachtenden Schweine angiebt und auf diese Gesammtzahl, die hier etwa 400 beträgt, der Betrag gleichmäßig vertheilt wird.

g. **Burgliebenau** bei Merseburg, 19. Febr. [Hochwasser.] Infolge eingetretenen Thauwetters und weil der Erdboden des noch vorhandenen Frostes wegen wenig Feuchtigkeit aufnehmen kann, ist die Weiße Elster seit gestern rapid gestiegen. Der Fluß steigt heute beständig weiter und droht bereits aus den Ufern zu treten.

* **Merseburg**, 19. Febr. [Vandalismus.] In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag haben zerstörungssüchtige Nachtschwärmer an einem Hause der Karlstraße den unteren Theil der Dachrinne zertrümmert und verschleppt. Noch ehe der Eigenthümer des Hauses Kenntniß von diesem Vandalismus besaß, löste sich am Sonntagmorgen das Mittelstück der Rinne los und fiel einem gerade vorübergehenden Manne auf den Kopf. Glücklicherweise wurde der Passant nicht ernstlich verletzt, sondern nur sein Hut beschädigt.

‡ **Artern**, 19. Febr. [Die goldene Hochzeit] feierten gestern die Salzsieder Freudenthal'schen Eheleute in vollster Rüstigkeit.

rg. **Teuchern**, 19. Febr. [Bösel †. — Elektrische Anlage.] Am 17. d. M. starb hier nach längerer Krankheit der Senior des Lehrer-Kollegiums K. Bösel im 69. Lebensjahre. Von seiner Lehrthätigkeit kommen 20 Jahre auf unsere Stadtschule. — Die von der Firma vorm. Schuckert & Comp. in Leipzig hier vollendete elektrische Anlage für Licht und Kraft hat — die Kraftmaschinen nicht mitgerechnet — einen Kostenaufwand von 187,300 M. erfordert, das macht auf den Kopf der Bevölkerung etwa 34 M. An Arbeitslöhnen hat die Firma 32,000 M. gezahlt.

+ **Naumburg**, 19. Febr. [Gemüthlicher Bahnbau.] An dem 1. Loose der Bahnlinie Naumburg-Teuchern (Wethau-Naumburg) hat seit mehreren Wochen nicht gearbeitet werden können, und ist deshalb gegen die andern Loose sehr im Rückstande geblieben, da auf demselben der Unterbau noch nicht einmal überall fertig ist. Wenn für dies Loos nur annähernd dieselben bautechnischen Bestimmungen in Betracht kommen wie für die Loose Wethau-Stößen und Stößen-Teuchern, dann ist an eine Eröffnung der Bahn vor dem 1. Oktober kaum zu denken. Und dabei ist der Fahrplan für die Strecke bereits im vorigen Herbst veröffentlicht worden! Reisende, die nach den Orten an dieser Linie wollten, stiegen deshalb mehrfach in Naumburg und Teuchern um, um mit der neuen Bahn zu fahren. Sie mußten dann zu ihrem größten Schrecken erfahren, daß die Bahn noch gar nicht fährt. Die unangenehme Entdeckung machten auch in voriger Woche wieder einige Reisende, die hier ausstiegen und dann mit Gespärt die beschwerliche Tour machen mußten.

○ **Stößen**, 19. Febr. [Die Schützengesellschaft] feiert im Juni oder Juli das 150jährige Jubelfest ihrer Gründung und das 25jährige Bestehen der neuuniformirten Gilde.

+ **Weßmar** (bei Gröbers), 19. Febr. [Wüstling.] Ende vergangener Woche wurde der Einwohner K. unter dem Verdachte eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftet.

≈ **Schenditz**, 19. Febr. [Musterschutz.] Dem Schmied H. Knösing ist Musterschutz für eine Vorrichtung gegen Unfallverhütung durch Ueberfahren von Lastwagen ertheilt worden.

⊙ **Delitzsch**, 19. Febr. [Prüfung.] Von Seiten der zuständigen Behörde findet nächsten Sonnabend den 24. d., vormittags 10½ Uhr, die Prüfung der zur Aufnahme auf die Präparandenanstalt angemeldeten Schüler statt. Der Kursus selbst beginnt nach Ostersten.

* **Magdeburg**, 18. Febr. [Unfall.] Von einem Unfall wurde der 19jährige Handlungsgehilfe Oskar W. betroffen. Er war im Keller beschäftigt, während in seiner Nähe schwere Fässer geroollt wurden, wovon eine große Tonne ihm den linken Fuß und Unterschenkel völlig zertrümmerte. Dem Verunglückten, der auf eigenen Wunsch nach Halle in eine Privatklinik geschafft wurde, mußte daselbst das linke Bein oberhalb des Knies amputirt werden.

□ **Halberstadt**, 18. Febr. [Harzklub.] Die Mitgliederzahl des hiesigen Harzklub-Zweigvereins ist im letzten Jahre infolge einer Aufforderung an die Bürgerschaft um 83 neue Mitglieder gewachsen, so daß derselbe am letzten zwölften Vereinsjahresschlusse 527 Mitglieder zählt. In gestriger Hauptversammlung wurde die Erbauung eines zweiten Aussichtsthurmes in dem städtischen Forste „Thekenberge" beschlossen. Dem Zweigverein Ilsenburg wurde zur Besserung des Weges durch die Schneelöcher nach dem Brocken eine Beihilfe von 50 M. bewilligt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden sämmtliche bisherige Mitglieder (Rektor Hey Vorsitzender) wiedergewählt.

* **Worbis**, 18. Febr. [Unfall.] Beim Scheuern der Dielen war der Arbeiterfrau Hermine B. kürzlich eine abgebrochene Nähnadel so tief in die rechte Hand gedrungen, daß deren Entfernung nicht gelang. Da sich kurz darauf erhebliche Schmerzen und eine Anschwellung der Hand einstellten, mußte die Frau in die Klinik zu Halle aufgenommen werden.

* **Zeulenroda**, 19. Febr. [Vom Schulbau.] Die hiesige Presse berichtet, daß zu dem Wettbewerb der für den auf etwas über 200,000 M. veranschlagten Neubau eines hiesigen 25klassigen Volksschulgebäudes von unserm Stadtgemeindevorstand öffentlich ausgeschrieben wurde, über 100 Baufachleute aus allen Theilen Deutschlands sich die Unterlagen erbeten haben. Die Konkurrenz, für die drei Preise, und zwar von 800, 500 und 300 M., sowie zweimal je 200 M. zum Ankaufe zweier weiterer Pläne ausgesetzt sind, wird also eine sehr umfangreiche werden. Den Bauplatz zu dem neuen Schulbau hat Fabrikbesitzer Moritz Kneusel in hochherziger Weise seiner Vaterstadt geschenkt. Zu den Kosten des Baues sind 56,000 M. in den Vorjahren zurückgelegt und 150,000 M. in der städtischen Anleihe mit inbegriffen, welche die Landesregierung soeben genehmigt hat.

* **Zerbst**, 18. Febr. [Die Anhaltische Bauschule] in Zerbst steht von jetzt ab unter städtischer Verwaltung, und es wird nun ein neuer Direktor zu fester Anstellung mit Pensionsberechtigung gesucht.

S. **Leipzig**, 19. Febr. [Kaiserbüste. — Staats-Gymnasium. — Siechkinder. — Unfug.] Der deutsche Buchdruckerverein und der Kreis Sachsen im Deutschen Buchdruckerverein beabsichtigten, für das kommendem 12. Mai zu eröffnende Deutsche Buchgewerbehaus eine Büste Kaiser Wilhelm's II. zu spenden, sie wendeten sich aus diesem Grunde an den Kaiser und baten, dem Bildhauer Seffner hier, der die Büste fertigen sollte, eine Sitzung zu gewähren. Hierauf ist vom Hofmarschallamt ein Schreiben eingegangen, in dem mitgetheilt ist, daß der Kaiser selbst dem Deutschen Buchgewerbehause seine Büste übermitteln werde. — Das in Leipzig zu errichtende zweite Staatsgymnasium, für welches die Stadt einen im Süden Leipzigs belegenen Bauplatz schenkte, wird zu Ostern 1901, wenn auch vorläufig noch in interimistischen Räumen, eröffnet. — In Rücksicht auf das Siechkinderwesen, daß hier vorzüglich verwaltet wird, wird jetzt amtlich bekannt gegeben, daß die Fürsorge und Aufsicht des Armendirektoriums sich von jetzt ab auf alle in Leipzig befindlichen unehelichen Kinder bis zur Entlassung aus der Schule erstreckt. — Vergangene Nacht machte sich ein Student das „Vergnügen" Vergnügen, die Glasscheibe eines Feuermelders zu zerschlagen und damit die Feuerwehr zu alarmiren. Der „Witz" wird dem jungen Manne, der bei der That erwischt wurde, wohl noch theuer zu stehen kommen.

* **Markneukirchen**, 19. Febr. [Verurtheilter Mörder.] Der erst 20jährige, jenseits der Grenze wohnhafte Geigenmachergehilfe Hugo Wettinger, der am 20. November in Schönbach seine Geliebte, die 18jährige Marie Schreiber durch einen Revolverschuß tödtete und sich dann ebenfalls zu erschießen versuchte, aber nur ein Auge verlor und wiederhergestellt wurde, ist nunmehr vom Schwurgerichte zu Eger wegen Mordes zum Tode durch den Strang verurtheilt worden. Der Verthedtiger Wettingers hat Berufung gegen das Urtheil angemeldet.

* **Hainichen**, 18. Febr. [Fortschritte im Bettlergewerbe.] Wie die Zeitungsleser von Betrügern praktisirt werden, hat sich hier wieder in zwei Fällen gezeigt. Unter Vorlegung einer gefälschten Liste sammelte ein Unbekannter für die verwundeten Buren. Als der Schwindel erkannt und Anzeige erstattet wurde, verschwand der Industrieritter. Ferner entpuppten sich als Schwindler auch zwei „arbeitswillige Bergleute," die die Stadt unter der Angabe „abklopften," daß die Arbeitskollegen sie nicht anfahren ließen, obwohl sie sich nicht an dem Streik betheiligen wollten.

Vermischtes.

Anerkennung für die Presse. In Dresden wurde vor einigen Tagen zum Besten der Kinderheime unter dem Protektorat der Königin Carola von Sachsen und ihrer Nichte, der Prinzessin Johann Georg von Sachsen, ein Wohlthätigkeitsbazar abgehalten. Die Königin erließ nun eine öffentliche Danksagung für das Wohlgelingen der Veranstaltung und sprach dabei auch der Presse Dankesworte aus, da es vornehmlich diese gewesen sei, die durch Besprechungen und Hinweise auf den guten Zweck der Sache das Unternehmen gefördert habe. — Dieser Anerkennung stellen wir die nachstehende Erklärung gegenüber, die der Berliner Journalisten- und Schriftsteller-Verein in seiner letzten Sitzung beschloß:

„Mit Befremden haben wir von der Aeußerung des Stadtverordneten-Vorstehers Dr. Langerhans Kenntniß genommen, der Angehörige der Presse öffentlich in geringschätziger Weise als „Zeitungsschreiber" bezeichnet hat. Der Berliner Journalisten- und Schriftsteller-Verein bedauert, daß selbst in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung ein so geringes Verständniß vorhanden ist für die unermüdliche Arbeit der Presse in einer Stadtverordneten-Versammlung, deren Verhandlungen doch erst durch die Thätigkeit der Presse Beachtung in weiten Kreisen finden."

Zurückgewiesene Abiturienten. In Oberhausen wurden alle vierzehn Abiturienten des Realprogymnasiums nach einer Konferenz unter dem Provinzialschulrath wegen Unregelmäßigkeiten bei der schriftlichen Prüfung von der mündlichen Prüfung zurückgewiesen.

Graf Gebhard v. Blücher in Amerika gesucht. Seit dem 19. Oktober wird ein angeblicher Urenkel des „Feldmarschalls Vorwärts", der schon viel in der neuen Welt von sich reden machte, vermißt. Wie die meisten seiner Schicksalsgenossen hatte der Herr Graf, der nicht viel Geld, dafür aber eine Frau und zwei Kinder mitgebracht hatte, in Amerika ungeheuer schwer ums Dasein zu kämpfen. 1896 schrieb er an eine Zeitung, er gäbe es auf und werde Selbstmord begehen. Er besann sich jedoch schließlich eines Besseren und ließ sich für die amerikanische Armee anwerben. Dann wurde er Spezialpolizist, in welcher Eigenschaft er in einem chinesischen Theater New Yorks eine Verletzung davontrug. Als ehemaliger Soldat konnte er nun im Soldatenheim (Invalidenhaus) zu Washington Aufnahme finden. Von dort schrieb er an seine in New York zurückgebliebene Frau, die sich und ihre Kinder als Krankenpflegerin kümmerlich ernährte, wegen der — von ihr geheim zu haltenden — Unterschrift unter zwei Dokumente, die sich anscheinend auf eine große in Deutschland zu erhebende Erbschaft bezogen. Die Zeitungen sprechen von 200,000 Dollars in baar und einem großen Grundbesitz, der „N. Y. Herald" bringt sogar die Abbildung des dazu gehörigen fürstlichen Schlosses. Die Gräfin soll aber die Dokumente, weil sie sich dadurch benachtheiligt glaubte, nicht unterschrieben haben. Der Graf verschwand hierauf aus seinem Asyl in Washington und ward nicht mehr gesehen. Nach einer aus Elizabeth in New Persey eingelaufenen Nachricht soll der Graf kürzlich in Baltimore in bitterster Armuth gestorben sein, nach einer anderen Version dagegen dort den Schutz einer großen Anwaltsfirma gesucht und gefunden haben. Die belagte Firma soll die Blücher'schen Erbansprüche geprüft und gut befunden, sich daraufhin aber entschlossen haben, dem Erbprätendenten die nöthigen Mittel zur Reise nach Europa vorzustrecken. Unglücklicherweise soll der Graf nicht weiter als bis Jersey-City (gegenüber von New York am Hudson belegen) gekommen und von dort als Kranker in ein Sanatorium gebracht worden sein, wo er sich noch befinden soll: Die ganze Geschichte erregt nicht blos in New York großes Aufsehen. Wie der „Morning Leader" erfährt, wäre Gebhard von Blücher in einem Sanatorium in New York entdeckt worden. Graf Blücher hat jetzt ein Vermögen von fast einer Million geerbt. Seine Gesundheit ist jedoch durch Sorgen und Entbehrungen untergraben, aber seine Frau hofft, ihn nach Deutschland bringen zu können und erwartet, daß er sich dort bald ganz erholen wird. Graf Gebhard v. Blücher ist der älteste Sohn des in London lebenden Fürsten Blücher, der durch die Rechtsstreitigkeiten mit seinen Söhnen und durch die offen zur Schau getragene feindselige Haltung gegen Preußen bekannt geworden ist.

Der Prozeß um ein Arzthonorar. Vor dem Grazer Civilgericht wurde dieser Tage ein Prozeß ausgetragen, in dem der Universitätsprofessor Dr. Hoffer v. Sulmsthal eine nachträgliche Honorarforderung von 15,650 Gulden für die Behandlung des verstorbenen Bankiers Neuhold gegen dessen Witwe geltend machte. Professor v. Hoffer hatte den Bankier mehrere Jahre behandelt und als Honorar monatlich 240 G., im ganzen 11,260 G. erhalten. Seine Mehrforderung stützte er darauf, daß er 270 gewöhnliche, 2 Nachtvisiten, 2638 Visiten mit chirurgischen Eingriffen, 2399 Visiten mit chirurgisch-operativen Eingriffen und 132 Besuche außerhalb Graz gemacht habe. Frau Neuhold wandte dem gegenüber ein, daß Professor v. Hoffer ein festes Gehalt bezog, mit dem er sich immer zufrieden zeigte. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und wies den Kläger mit seinen Ansprüchen ab.

Ueber den Kindermord in Guatemala, von dem wir in der Sonntagsnummer kurz berichteten, sind in Madrid ausführliche Nachrichten eingegangen, die der vor einigen Tagen dort eingetroffenen Nummer des in Montevideo erscheinenden Blattes „La Razón" entstammen. Dieses Blatt schreibt: Etwas Ungeheuerliches hat sich in der Stadt Guatemala ereignet, eine Bluthat, welcher 300 unschuldige Kinder zum Opfer fielen. Man feierte anläßlich der Beendigung der Schulprüfungen ein Kinderfest, das mit einer Apotheose der Wissenschaft schloß. Man hatte zu diesem Zweck eine Estrade gebaut, und hoch oben stand unter einem temperiertigen Zinkdache ein mit den Attributen der Minerva ausgestattetes Mädchen, umgeben von anderen Kindern. Die übrigen Zöglinge der Schulen standen auf den Stufen der Estrade und sangen Schullieder. Plötzlich löste sich vom Dache eine Zinkplatte los und verwundete beim Hinunterfallen die jugendliche Minerva und mehrere Schulkinder. Schreiend und weinend liefen die Kinder davon, und die Eltern der Kleinen, die dem Feste beiwohnten, drängten vorwärts, um ihre Kinder zu suchen, wobei ein großer Lärm und eine arge Verwirrung entstanden. Der in beständiger Attentatsfurcht schwebende Präsident der Republik Guatemala, Estrada Cabrera, der gleichfalls dem Kinderfeste beiwohnte, glaubte, da er über die Veranlassung zu dem allgemeinen Durcheinander nichts Näheres erfahren konnte, daß die seit langer Zeit erwartete Revolution nun endlich ausgebrochen sei, und gab seiner Leibgarde den Befehl, auf die schutzlose Menge zu feuern. Die Folgen des barbarischen Befehls waren entsetzlich: 300 Kinder fielen dem mörderischen Blei der Soldaten zum Opfer. Als der neue Herodes sah, was er angerichtet hatte, verbot er den Zeitungen seines Landes, bei schwerster Strafe, über den Vorfall zu berichten. In den ersten Tagen wurden auch sämmtliche Privatbriefe und Privattelegramme einer strengen Censur unterworfen. In den ersten Tagen wurden auch sämmtliche Privatbriefe und Privattelegramme einer strengen Censur unterworfen. Es verbürgt sich für die Richtigkeit seiner Mittheilungen.

Unglücksfälle und Verbrechen. Nach Mittheilungen aus Kassel wurde am Walde bei Meckbach der Holzhauer Lingelbach erschlagen. Unter dem dringenden Verdacht der Thäterschaft wurde der 20jährige Sohn des Ermordeten, sowie ein anderer Holzhauer, Müller, verhaftet. — In Berlin fielen bei einem Einbruchsdiebstahl in der Modewaarenhandlung von Felbusch & Preuß an der Leipziger- und Markgrafenstraße-Ecke den Dieben Seidenwaaren im Werthe von etwa 30,000 M. in die Hände. Einer der Diebe lud das gestohlene Gut kurz vor Eröffnung der Nebengeschäfte auf einen zweirädrigen Handwagen und fuhr damit unbehindert nach dem Spittelmarkt zu. Ein Welchensteller der Straßenbahn und ein Geschäftsmann sahen ihm zu, ohne daß sie Verdacht schöpften. Es handelt sich wohl um dieselbe Diebesbande, die vor acht Tagen in der Stallschreiberstraße für 20,000 M. Stoffe entwendeten. — In der Baumwoll-Manufaktur A.-G. Barl (Rußland) wurden durch eine Feuersbrunst Waaren im Werthe von etwa 100,000 Rubel vernichtet. — Durch die von der Behörde geführte Untersuchung über den Brand eines zu dem berühmten Tiroler Schloß Ambras gehörigen Wirthschaftsgebäudes, wobei auch zwei Kinder umkamen, wurde festgestellt, daß Brandstiftung vorliegt. Die der That dringend verdächtige Mutter der beiden Kinder wurde verhaftet und hat bereits ein umfassendes Geständniß abgelegt.

Personalnachrichten. Nach Mittheilungen aus Florenz ist Arnold Boecklin nicht unbedenklich an der Influenza erkrankt. — Dem Dirigenten des Philharmonischen Chors in Berlin, Siegfried Ochs, wurde der „Professortitel" verliehen. Die Auszeichnung, die dem verdienstvollen Musiker in verhältnißmäßig noch jungen Jahren zu theil geworden, bildet die Anerkennung für ein rastloses und mit Erfolg gekröntes musikalisches Streben. Professor Ochs hat durch die Pflege des Chorgesanges in seiner edelsten Art, und durch die konsequente Weise, in der er seinen Chor zur Lösung der schwierigsten musikalischen Aufgaben erzog, sich eine bedeutende Stellung im Musikleben Berlins errungen. — Dem greisen Giuseppe Verdi und dem polnischen Roman-Schriftsteller Henryk Sienkiewicz hat Kaiser Franz Josef von Oesterreich das österreichisch-ungarische Ehrenzeichen für Kunst und Wissenschaft verliehen, das 1887 als höchste Auszeichnung für Gelehrte, Schriftsteller und Künstler gestiftet wurde. Nach dem Auslande wurde es bisher verliehen an Carmen Sylva, den russischen Staatsrath Professor Martens, Virchow, den Herzog von Broglie, Mommsen, Adolf Menzel und Boecklin.

Gannerhumor. Ehe: „Kennst du den Theo?" — Lude: „Ja, wir haben einmal ein halbes Jahr in Gittergemeinschaft miteinander gelebt!"

Verantwortlich: Für Politik und Vermischtes: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Franz Kwest; für Provinzialnachrichten und Lokales: Wilhelm Meyer; für Handel und Verkehr: Hermann Bach; für den Anzeigentheil: Walther König; sämmtlich in Halle S. — Druck und Verlag von Otto Hendel in Halle S.

Confirmations- Kleider, -Anzüge, -Unterröcke, sowie sämmtliche Wäsche-Gegenstände empfehlen in allen Preislagen. Anfertigung nach Maass. Geschw. Jüdel 101 Leipziger Straße 101.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000220034/fragment/page=0003

Empfehle

Neuheiten in Kleiderstoffen

Wolle und Seide.

Grosse, directeste Abschlüsse garantiren für reichhaltigste Auswahl und wirkliche Preiswürdigkeit.

Bruno Freytag

Halle a. S., Leipziger Str. 100.

Fernsprecher 379. **Gegründet 1865.**

Grosse Muster-Collection nach Auswärts franco.

Aachener Dombau-Geldlotterie.
Ganzes Loos 10 Mk., Halbes 5 Mk., Viertel 2,50 Mk.
Ziehung 8. März. Grösster Gewinn ev. **500,000 Mk. baar.**

Stettiner Pferde-Lotterie.
Loose à 1 ℳ Zieh. 15. Mai. Hauptgewinne **7 bespannte Equipagen.**

Königsberger Pferde-Lotterie.
Loose à 1 Mk. Zieh. 23. Mai. Hauptgewinne **10 bespannte Equipagen.**
Porto und Liste 30 Pfg. extra.

Schroedel & Simon, Buch- u Kunsthandl., Gr. Ulrichstr. 46.

Ernst Tyrroff,
Halle a. S.
jetzt: Alte Promenade 1a
gegenüber dem Stadttheater
empfiehlt
sein Atelier zur Anfertigung
eleganter Confirmanden-Anzüge
nach Maass.

Fachmännische Bedienung. Mässige Preise.

Sehr preiswürdig.
Trotz der jetzt höheren Kaffeepreise liefert die
Kaffee-Rösterei im Grossbetrieb
von
Richard Poetzsch - Leipzig
ihre sämmtlichen, mehrfach mit den höchsten Preisen prämiirten
Röst-Kaffees
in den Preislagen das Pfd. zu 100, 120, 140, 160, 180, 200 Pfg.
nach wie vor in gleich vorzüglichen und kräftig schmeckenden Qualitäten.
Verkaufsstelle bei **A. Huth-Hoffmann,** Geiststrasse 44, **Geschw. E. & D. Jasper,** Steinweg 46/47.

Die **Phönix** ist die leistungsfähigste, dauerhafteste, mithin billigste Nähmaschine der Gegenwart.
Allein-Verkauf bei
H. Schöning,
Große Steinstraße 67, Ecke Schimmelstraße.
Ferner empfehle: **Teutonia-, Winzelmann- 2c.** Nähmaschinen als bewährte Marken zu solidesten Preisen.
Reparatur-Werkstatt.

Prima Steinkohlen
liefern sofort jedes Quantum
H. Proepper & Co.,
Gef. m. b. H.

National-Arboretum und Alpengarten Zöschen bei Merseburg
verkauft wegen Räumung billigst in schönen, 2–3 Centimeter starken Stämmen: ca. 4000 in besten Sorten veredelte Kirschbäume à 70 bis 80 Pfg., ca. 3000 Birnbäume à 80—90 Pfg., ca. 1000 dunkle Rothdorn und ca. 1000 Spitzahorn à 70 Pfg., sowie ca. 80 000 starke Ziersträucher à 10 Pfg. Massen- und Neuheitenverzeichnisse werden **gratis**, desgleichen bei **Ehrhardt Karras** in **Halle** erschienene, illustrirte große Handbuch-Katalog mit Angaben des Vorkommens, Wuchses, Werthes 2c., sowie die Lebensbedingungen aller der 3635 in Zöschen kultivirten Moor- und Alpen-Pflanzenformen gegen 1,20 Mk. franko eingesandt.

Cöthen i. Anhalt.
Haushaltungs-Institut und Pensionat
für confirmirte Töchter.
Praktische Ausbildung in Küche und Haushalt. Kursus für feine Damenschneiderei: Schnittzeichnen, Maassnehmen und prakt. Arbeiten.
Auf Wunsch Theilnahme am Fortbildungsunterricht in engl. und franz. Conversation, Litteratur, Musik, Malen.
Ausgezeichnete Lehrkräfte. Prospecte und Referenzen durch die Inhaberin Frl. **Marie Döhring, Cöthen i. Anh., Magdeburger Str. 6.**

Technikum Hildburghausen
Maschinen & Elektrotechniker, für Bauwerk- & Bahnmeister etc.
Nachhilfekurse. Progr. durch d. Herzogl. Director.

Provinzial-Gesangbücher **Provinzial-Gesangbücher**
empfiehlt in grösster Auswahl zu billigsten Preisen
A. Fritze,
Papierhandlung Markt 21.

Gerichtlicher Verkauf.
Das zur Concursmasse des Kaufmanns **Richard Perlinsky** in Firma **R. Perlinsky & Co.** in Halle a. S. gehörige Waarenlager, bestehend aus:
Manufactur-, Woll- und Weißwaaren, Porzellan-, Steingut- und Spielwaaren,
im Taxwerthe von **35,689,76 Mark** incl. Inventar soll im Ganzen verkauft werden.
Die Besichtigung des Lagers kann am 21. und 22. d. Mts., Vorm. 10—12, Nachm. 3—5 Uhr erfolgen und werden die Verkaufsbedingungen und Taxe im Geschäft ausgelegt. Verschlossene Offerten mit einer Bietungskaution von 3000 Mark sind bis zum **22. d. Mts.** Nachmittags 5 Uhr an den Unterzeichneten abzugeben unter Anerkennung der Verkaufsbedingungen.
Halle a. S., den 17. Februar 1900.
J. Ed. Peuschel, Concursverwalter.

Hiermit erlaube mir die höfliche Mittheilung, daß ich mich, neben meinem Getreide-Commissions-Geschäft, auch mit **An- und Verkauf von städtischen und ländlichen Grundstücken, Mühlen, Fabriken 2c.,** Unterbringung und Beschaffung von **Hypotheken-Kapitalien** befassen werde. Durch meine vielseitigen Verbindungen hoffe ich Ihnen günstige Resultate bringen zu können und bitte vorkommend um Ihre gefälligen Aufträge. **Streng reelle Bedienung** zusichernd, zeichne
Hochachtungsvoll
Ed. H. Beschmidt, Halle a/S.,
Contor: Magdeburger Straße 5. Telephon 827.

Donnerstag den 22. Februar cr.
steht wieder ein großer Transport
I. Klasse
belgischer u. Dänischer Spannpferde
bei mir zum Verkauf. Gleichzeitig empfehle auch eine Auswahl solider, eleganter
mecklenburger u. hannoverscher Reit- u. Wagenpferde.
A. Scheyer, Weißenfels a. S.
Telephon Nr. 62.

Von Donnerstag, den 22. bis Freitag, den 23. Februar, halte wieder mit einem frischen Transport der besten
belgischen u. dänischen Arbeitspferde,
leichter und schwerer Schlag, von bekannter Reellität zu sehr soliden Preisen im Gasthof zum „weißen Roß" in Delitzsch zum Verkauf.
A. Albrecht, Pferdehändler, Creuma.

Verlangen Sie gratis u. franko meinen illustr. Hauptkatal. über
Fahrräder
u. Fahrradartikel u. Sie werd. sich überzeug., dass ich b. bester Qualität, unt. 1jähr. Garant., am billigst. bin. — Wiederverk. ges.
Deutsche Fahrrad-Industrie,
Richard Driessen,
Hannover, Brüderstr. 4.

Schnell-Glanz-
Doppelbürste
mit der Trocken-Wichse
unentbehrlich
für Haus, Reise, Sport und Armee

ist handlich, sauber, unverwüstlich. Unsere **„Trocken-Wichse in der Doppel-Bürste"** färbt nicht ab, conservirt das Leder, macht es elastisch, blank und wasserdicht. Geeignet für Aquarelle, Baupläne, ramponirte Bücher-Einbände, Leder-Stühle, Koffer, Ledertapeten, Eichenmöbel, Riemen, Sattelzeug, Pferdegeschirre, Schuhwerk aller Art vom feinsten Chevraux bis zum gröbsten Rindleder.

Wichse blitzblank-wasserdicht!
Vorräthig in gelb, hellgelb, braun und schwarz, in allen durch **Plakat** mit vorstehender **Schutzmarke** kenntlichen Handlungen.
Prospekte gratis und franko.
Generalvertretung: für **Sachsen** (Königreich und Provinz), **Schlesien, Posen, Altenburg, Thüringer Fürstenthümer, Dessau** und **Oesterreich-Ungarn: F. F. Hoffmann, Leipzig,** Elsterstr. 37.
Verkaufsstellen für **Halle: O. V. Borchert,** Gr. Steinstr., **Philipp Christmann,** Gr. Steinstr. 8, **Otto Hammelmann,** Geiststrasse 55, **A. Kiesche,** Leipziger Str. 52, **Robert List,** Brüderstrasse 15, **E. Mette,** Breitestr. 6, **G. A. Noll,** Brüderstr., **A. Pirl,** Geiststr., **Aug. Schubert,** Leipziger Str. 41, **Max Detterling,** Geiststr., **J. Wischalla,** Dryanderstrasse 28.

Auctionen.

Mittwoch den 21. d. M. Vorm. 11 Uhr versteigere ich **Geiststr. 39** hier zwangsweise: 4 Hobelbänke mit Zubehör, 2 Bläuchnarmituren, 2 Buffets, 1 Trumeau, Berlicows, Kleider- und Wäscheschränke, Schreibtische, Sophas, Kommoden, Tische, Stühle, Spiegel, Bilder, Teppiche, 3 Gewehre, 19 Bände Meyer's Lexicon 2c.
Hirsch, Gerichtsvollzieher.

Mittwoch den 21. d. Mts. Vormittags 8/4 10 Uhr versteigere ich Geiststraße 39 zwangsweise:
23 Bde. Real Encyclopädie, 1 großes Waarenregal, 1 Ladentisch mit Pult, 1 Spiegel mit Schränkchen, 1 Divan, 1 Waschtisch mit Marmorplatte, 1 Kommode, 1 Kleiderschrank, 1 Sopha, 1 Nähmaschine, 1 Teppich, 1 Petroleumapparat, ca. 1 1/2 Ctr. Zucker, 20 Liter Rum, 1/2 Tonne Heringe, 20 1/2 Kisten und 20 Packete Cigarren, ferner freiwillig:
2 elegante Blumenständer von Schmiedeeisen, 2 vernickelte Weinkühler.
Friedrich, Gerichtsvollzieher.

Mit 2 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000220034/fragment/page=0004